

Rundschreiben / Januar 2023

**JAHRESTAGUNG
AG RR 2023**

15.11.2023

im Kronenzentrum in
Bietigheim-Bissingen.

Save the Date!

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Schulleitungen der Realschulen in Baden-Württemberg,

wir hoffen, Sie konnten in den Weihnachtsferien etwas Abstand von Ihren Schulen gewinnen und sich von den nicht weniger werdenden Aufgaben der Schulleitung erholen.

Zu Beginn des neuen Jahres wenden wir uns als Vorstand unserer Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren mit unserem Rundbrief an Sie. Wir wollen auf unsere Jahrestagung zurückblicken sowie Sie über die aktuellen Themen informieren.

*„Zweifeln ist Suchen, nicht Ratlosigkeit.“
(Johann Heinrich Pestalozzi)*

Im November durften wir über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei unserer Jahrestagung in Bietigheim begrüßen. Moderiert von Herrn Markus Brock, der neben seiner Tätigkeit als Funk- und Fernsehmoderator inzwischen auch als Moderator unserer Arbeitsgemeinschaft bekannt ist, war Frau Kultusministerin Theresa Schopper bei uns zu Gast. Leider bekamen wir keine Hinweise darüber, was im Kultusministerium bezüglich der Orientierungsstufe und der Abschaffung des Hauptschulabschlusses an den Realschulen geplant wird.

Aus den Reihen des Landtages waren Ralf Nentwich (Grüne), Frau Staab (CDU) und Herr Dr. Timm Kern (FDP) bei uns zu Gast. Es freute uns sehr, dass mit Dr. Karin Broszat, der Vorsitzenden des RLV, Nicola Heckner der stellvertretenden Vorsitzenden des VBE und Farina Semler, der stellvertretenden Vorsitzenden der GEW, sowie Sven Kubick, dem Vorsitzenden des Fördervereins der Realschule in Baden-Württemberg, alle wichtigen Verbände, die sich mit der Realschule befassen, an unserer Tagung anwesend waren.

Für uns als Vorstand war der Austausch mit den fast 80 Schulleitungen im Anschluss an das Gespräch mit der Ministerin sehr wichtig. Ihre Forderungen und Rückmeldungen haben wir in diesen Rundbrief aufgenommen.

Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen kommen neue Aufgaben auf uns zu, die nicht mit entsprechenden Anrechnungen hinterlegt sind. Aus diesem Grund haben wir eine Liste erstellt, in der wir die Inhalte und Themen aufzählen, die aus unserer Sicht entfallen und uns so entlasten könnten.

Wir werden Ihre Forderungen in die Gespräche mit dem Kultusministerium und den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien im Landtag einbringen und uns weiterhin für eine Entlastung der Schulleitungen einsetzen.

Für die Jahrestagung 2023 haben wir wieder das Kronenzentrum in Bietigheim-Bissingen gewählt. Im Wissen, dass für viele Schulleitungen ein Tagungsort südlich von Stuttgart, aber doch nahe bei Stuttgart bevorzugt würde, sind wir für 2024 auf der Suche nach einem geeigneten Tagungsort. Gerne kommen Sie auf uns zu, wenn Sie einen Tagungsort im Blick haben.

Herzliche Grüße

Holger Gutwald-Rondot

Rede der Kultusministerin Schopper - Jahrestagung 2022

Kultusministerin Schopper betont, dass Realschulen eine starke Lobby im Parlament hätten. **Realschulen würden eine hervorragende Arbeit leisten**. Sie lobt das große Interesse und Vertrauen beim Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule (33,6%) von Elternseite. Realschüler*innen seien gesucht und gefragt in der Wirtschaft.

Das **Dilemma bei der Orientierungsstufe** würde im KM gesehen werden. Sie deutet die Heterogenität jedoch auch als Zeichen des Vertrauens. Viele Kinder mit HS-Empfehlung kämen am Ende zur Mittleren Reife.

Kultusministerin Schopper räumt ein, dass die Überforderung von etlichen Kindern in den zwei Jahren der **Orientierungsstufe**

ein „Martyrium“ sei. Frau Schopper führt aus, dass es im Koalitionsvertrag keine Einigung zur Orientierungsstufe gäbe. Eine Entscheidung dürfe bis Ende des Jahres, spätestens im Januar 2023 erwartet werden. Um das Schulgesetz im Landtag ändern zu können, gäbe es aktuell intensive Gespräche zwischen den Parteien der Regierungsfractionen.

Sie weist auf die 20 Poolstunden pro Zug für die Realschulen hin und sieht dies als „dickes Paket“ für Differenzierung.

Kultusministerin Schopper bekräftigt, dass es keinen Qualitätsunterschied im **Sek1-Referat** im Vergleich zu früher gäbe (Anm.: als es noch getrennte Referate für jede Schulart gab) Es werde am KM sehr wohl

gesehen, was an den Realschulen geleistet werden würde.

Der Umgang mit der Pandemie sei gefühlt vorbei. An den Schulen bliebe jedoch das **Problem mit den schwangeren Lehrerinnen**.

Kultusministerin Frau Schopper dankt ausdrücklich für den **Einsatz während der Pandemie**, v.a. für fachliche und emotional-soziale Förderung. Sie meint, dass zunächst das fachliche Aufholen in Mathematik, Deutsch und Englisch im Vordergrund gestanden hätte. Inzwischen sei der sozial-emotionale Bereich in den Fokus gerückt. Daher wurde „Lernen mit Rückenwind“ um diesen Bereich erweitert. Sie ermuntert die Realschulen, das Potential von „Lernen mit Rückenwind“ zur Unterstützung zu nutzen und moniert gleichzeitig, dass die Realschulen „Lernen mit Rückenwind“ im Vergleich zu anderen Schularten nicht so stark nutzen würden.

Frau Kultusministerin Schopper erwähnt, dass das **Schülermentorenprogramm „Talent im Land – bring dich ein“** für die nächsten Jahre finanziell gesichert sei.

Die **Flüchtlingswelle** bedingt durch den Ukrainekrieg stelle für Schulen eine große Herausforderung dar. Sie bedankt sich für die große, geräuschlose Arbeit und bittet

Kultusministerin Schopper betont, dass bei allen von ihr genannten Punkten den Schulleitungen eine immense Bedeutung bei der weiteren Entwicklung zugeschrieben werden würde.

darum, diesen Dank an die Kollegien weiterzugeben.

Weitere Herausforderungen für die Schulen seien im Winter zu erwarten, insbesondere bei der Personalgewinnung. Das Thema sei dabei die Anerkennung von Abschlüssen (auch durch ukrainischen Online-Unterricht), dafür seien Absprachen in der KMK nötig.

Die Ergebnisse der IQB-Studie beschreibt Kultusministerin Schopper als ernüchternd und wenig überraschend. Ein hoher Anteil der Kinder habe **am Ende der Klasse 4 nicht den Regelstandard erreicht**.

Das könne auch damit zusammenhängen, dass viele Kinder in Baden-Württemberg einen Zuwanderungs-Hintergrund hätten. Daher müssten die Basiskompetenzen gestärkt werden - insbesondere für die Kinder, die keine guten Startbedingungen haben. Defizite an der Basis zögen sich durch die gesamte Schullaufbahn und seien später nur schwer aufzuholen.

Sie gab zu, dass mehr Verbindlichkeit im frühkindlichen Bereich nötig sei, z. B. im Umgang mit Sprachdefiziten. Frau Kultusministerin Schopper verweist auf das Vorbild Hamburg. Bis dahin sei es jedoch noch ein langer Weg.



Kultusministerin Schopper (Quelle: km-bw.de)

Fragen an Kultusministerin Schopper – Jahrestagung 2022

Lehrkräftemangel / Unterrichtsversorgung

Kultusministerin Schopper:

- Lehrkräftemangel wird verschärft durch schwangere Lehrerinnen, insbesondere unter Corona-Bedingungen.
- Die Arbeitsgruppe „Mutterschutz“ lässt Empfehlungen des RKI in ihre Stellungnahmen einfließen, große Veränderungen sind vorerst jedoch nicht zu erwarten.
- Die Lehrer-Versorgung ist an den Realschulen mit 99% sehr auf Kante genäht.
- Vorhandene KV-Lehrkräfte sind stark ausgelastet.
- An Pädagogischen Hochschulen stehen mehr Studienplätze zur Verfügung.
- Eine Qualifizierung von Nichterfüllern und Quereinsteigern erfolgt.
- Es gibt eine regionale Ungleichverteilung.

Beiträge/Fragen der Schulleitungen:

- Bezüglich schwangere Lehrerinnen soll NIPRAE für eine ehrliche Darstellung nicht in die Statistik gezählt werden.
- Gymnasien geben Schüler*innen an RS ab, aber nicht die Lehrkräfte.
- Eine angemessene Bezahlung von Nichterfüllern ist erforderlich, weil deren Einsatz für die nächsten Jahre nötig sein wird.
- Problematisch ist die Fächerwahl der Studierenden.

Kultusministerin Schopper:

- Wenige Gymnasiallehrkräfte sind bereit an GS zu unterrichten.
- Verweis auf Durchbezahlung der Sommerferien
- Die Eingruppierung der verschiedenen Lehrämter ist ein Problem bei einem Einsatz an anderer Schulart.
- Steuerungsmöglichkeit des Kultusministeriums bei Studienfachwahl ist beschränkt; Gespräche mit dem Wissenschaftsministerium finden dazu statt.
- Attraktivität von Erhöhung des Lehrauftrags stoßen im Beamtenrecht an Grenzen und würden dann auch für andere Bereiche gelten (z. B. Polizei).
- Das Land stellt sehr hohe Anforderungen an Lehrkräfte → Öffnung für Seiteneinsteiger wie im Beruflichen Schulwesen muss mit Nachschulungen möglich sein.
- Aktuell viele Frauen mit Teildeputat, etliche Berufseinsteiger wollen keine volle Stelle, jedoch ist die erste Stelle ein wichtiger Schritt für die weitere berufliche Routine.
- Entschlackung der Pflichtstunden wird kommen und ist eine Frage von Angebot und Nachfrage.

Schulleitungsentlastung

Kultusministerin Schopper:

- Schulleitungen sind der Schlüssel für die Arbeit an der Schule und sie brauchen dafür Zeit.
- Im ersten Schritt: finanzieller Einsatz und Schaffung von Funktionsstellen; aktuell 160 Stellen für Schulleitungsentlastung, die vorwiegend großen Schulen zugutekommen.
- Jetzt im neuen Haushalt wieder 83 Stellen, vorwiegend für mittlere Schulen.
- Zum Thema „Verwaltungsassistenz“: Gute Leute sind nicht lang da, weil die Wirtschaft im Vergleich mehr bezahlt.
- Es gibt 11 Modellschulen mit Verwaltungsassistenten, v.a. im beruflichen Bereich.
- Aber: Die Priorisierung für Digitalisierung ist zusammen mit der Verwaltungsassistenz nach hinten gerutscht zugunsten anderer Arbeitsfelder.

Beiträge/Fragen der Schulleitungen:

- Man muss bedenken: Die Schulträger agieren unterschiedlich bei ihren Leistungen für Schulen
- Gute Schule läuft nur mit dem großen Einsatz der Schulleitung, ein Qualitätsmanager ist in Unternehmen Standard.
- Wenn keine Entlastung möglich ist, müssen sofort Aufgaben weg (z.B. GFS, Projektarbeit) Schulleitungen kommen wegen administrativer Aufgaben nicht zum Herzstück ihrer Arbeit, der Schulentwicklung.
- Bürokratieabbau ist nötig und nicht unbedingt eine Verwaltungsassistenz.

Digitalisierung

Kultusministerin Schopper:

- Bei ASD-BW und ASV ist in der Benutzerfreundlichkeit Luft nach oben.
- Bis Ende dieses Schuljahres müssen alle Schulen „unter dem Hut“ sein.
- Wenn es nicht klappt, muss es neu entwickelt werden.
- Das muss mit dem Datenschutz abgestimmt sein.
- Bestimmungen müssen beachtet werden und sind teilweise für Schulen realitätsfremd.

Beiträge/Fragen der Schulleitungen:

- Ein Verzeichnisse für alle zentral erstellt, wäre hilfreich.
- Es sollte im Großen gedacht werden, notfalls das Kleine weglassen.

Kultusministerin Schopper:

- Schulträger sind mit dem Digitalpakt für den Support in der Pflicht, die Netzwerkbetreuung ist ein offenes Thema zwischen Land und Kommunen.

Beiträge/Fragen der Schulleitungen:

- SY-Stunden sind weiterhin an der Schule erforderlich, um Kontakt zu unterstützenden Firmen und den Schulträgern zu halten.
- Wenn wir die SY-Stunden den Schulen wegnehmen, bleibt die Aufgabe bei der Schulleitung hängen – Achtung Falle!

Kultusministerin Schopper:

- Beim Datenschutz müssten Gesetze geändert werden, die nicht auf Landesebene liegen.

Orientierungsstufe

Kultusministerin Schopper:

- Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist kein Thema. Dies steht auch so im Koalitionsvertrag.
- Verweis auf andere Bundesländer, die trotz unverbindlicher GS-Empfehlung gut abschneiden würden (Verbindlichkeit, Gliederung des Schulwesens).
- Bildungsintensive Eltern bringen ihre Empfehlung immer durch.
- Bei Poolstunden waren Realschulen im Hintertreffen zu den GMS, WRS und auch Gymnasien, deshalb Einführung 20 Stunden pro Zug.
- In diesen Tagen letzte Beratungen, ob die Orientierungsstufe verändert wird.

Beiträge/Fragen der Schulleitungen:

- Nur Verkürzung als Kompromiss bringt nichts. Wenn der Hauptschulabschluss nicht aus den Realschulen herausgenommen wird, dann sind eigenständig finanzierte Züge für das G-Niveau notwendig, auch schulübergreifend.

Kultusministerin Schopper:

- Wir müssen „andere Einheiten“ machen: Auch unter den Schulen gibt es eine „Zerrissenheit“, was die Orientierungsstufe angeht
- Probleme im ländlichen Raum
- offene Frage in welchem Niveau und wie ist Differenzierung möglich?
- Schulgesetzänderung ist dazu nötig.

Vorstellung unseres Jahresberichts aus Gesprächen mit dem KM – Jahrestagung 2022

Es gab im letzten Jahr Treffen und Gespräche mit der Kultusministerin, mit dem Sek1-Referat, mit dem ZSL und IBBW und mit den Landtagsfraktionen Grüne, CDU, FDP

Zentrale, wiederkehrende Themenschwerpunkte:

- Entlastung der Schulleitungen
- Orientierungsstufe
- HS-Abschluss an den Realschulen: Es gibt weitere Schularten für den HS-Abschluss
- Referenzrahmen / Ziel- und Leistungsvereinbarungen: Befürchtung eines riesigen bürokratischen Monsters, keine Kapazität, Forderung Verschiebung der Einführung.
- Senkung des Klassenteilers auf 28 (Forderung seit 2008)
- Projektarbeit Kl. 9: Abfrage des KM soll kommen → Schulleitungen sollen unbedingt melden, wie viele Stunden durch Projektarbeit an der Schule ausfallen.
- Erhalt der SYS-Stunden: Es ist mit kommunalen Verbänden vorbesprochen, dass diese Stunden in Unterricht gehen und Kommunen Support finanzieren, Fortsetzung des Digitalpakts ist offen
- Zentralisierung des Datenschutz-Verfahrensverzeichnis

Schulleiterentlastung: Liste „Was kann weg?“ – Jahrestagung 2022

Immer wieder haben wir die Dringlichkeit der Schulleiterinnen- und Schulleiter-Entlastung angesprochen, bis wir schließlich vom Kultusministerium darum gebeten wurden, eine Liste mit ganz konkreten Themen zu erstellen, die gestrichen werden könnten.

Was kann weg?

- Profil AC
- Projektarbeit im M-Niveau
- Zusammenlegung von Klassen in Kl. 10
- Schriftliche Prüfungen in den Wahlpflichtfächern
- Praxisferne Terminierung der Abschlussprüfungen
- Unterrichtsangebot für Prüflinge ab Bekanntgabe der Prüfungsleistungen
- doppelte Erhebung in Statistik und ASV
- Abholung Prüfungen im SSA durch Schulleitungen
- Referenzrahmen
- OFT-Abfragen
- GFS

Wortmeldungen der Mitglieder – Jahrestagung 2022

Aus den Reihen der Realschulleitungen wurden folgende Themen und Impulse an den Vorstand gegeben, die wir als Forderungen und Rückmeldungen in Richtung des Kultusministeriums und der Landespolitik aufnehmen werden:

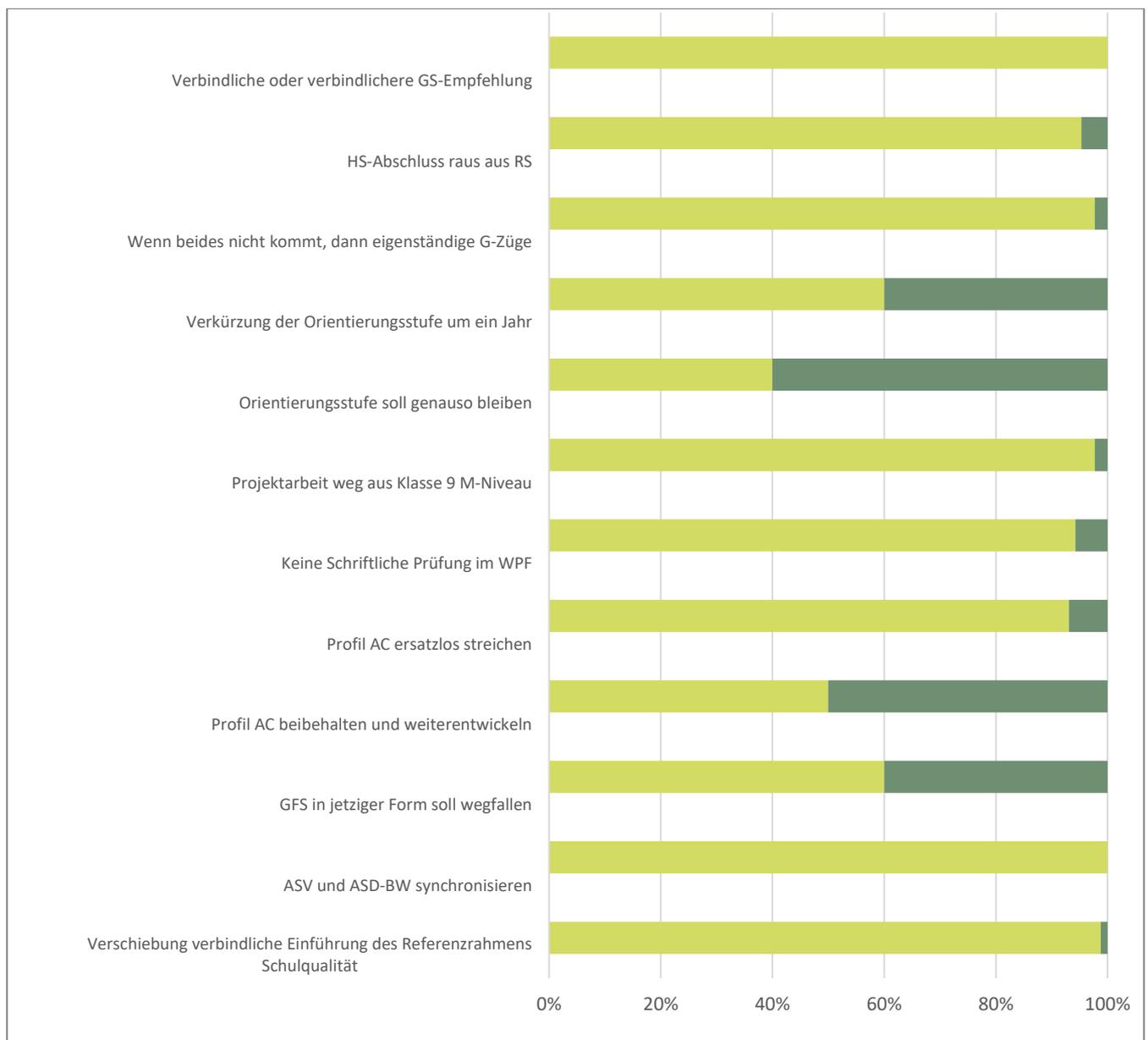
- „Mogelpackung“: Zweiter Konrektor/zweite Konrektorin kommt ohne Stunden
- Datenerhebungen müssen weg – „vom Wiegen wird die Sau nicht fett“
- Wir wachsen in der Rhetorik in der Bildungspolitik: Immer mehr verschiedene Programme, die nichts helfen; Multiprofessionelle Teams (Psychologen, Schulsozialarbeit, Schulbegleiter, ...) sind nötig bei verändertem Klientel.
- Gute Schule lebt von guten Lehrern: KM soll uns bei Lehrerausbildung nicht in den Rücken fallen.
- Masterplan für Digitalisierung ist nötig, nicht jede Schule muss das Rad neu erfinden, Musterlösung für Ba-Wü, Wir brauchen einheitliche Strukturen.
- RS-Trios: Selbsthilfegruppen!
- VKL: Umgang mit 15/16-jährigen Schüler*innen – wie kommen diese zu einem Abschluss? Mit welchen Hilfsmitteln? Übergänge in die weiterführenden Schulen?
- Lehrerausbildung: aktuell nur noch Sekundarlehrer und dann auch noch multiprofessionelle Teams, Ziel muss Differenzierung in der Lehrerausbildung sein.
- Wir brauchen zwar Multiprofessionelle Teams → dies ist aber nicht der eigentliche „Weg der Realschule“.
- Verbundschule kam nicht vor, sie werden nicht gedacht, sollte mitgedacht werden bei der Orientierungsstufe, in der Verbundschule gibt es in der RS keine G-Schüler – Wie zweckdienlich ist da die Orientierungsstufe?
- Abholung Prüfungsaufgaben unnötig – Vgl. Kurierdienst bei den Gymnasien
- Rote Karte für Ministerin zum Thema Orientierungsstufe → kein Mensch kennt das Konzept, Verbände müssen deutlich sagen, dass es so nicht geht.
- Ergänzungsbereich wird immer weiter zurückgefahren, ist aber wichtig für sozio-emotionale Entwicklung – Was kommt nach „Lernen mit Rückenwind?“
- psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern nehmen zu: Ängste, Panikattacken, Absentismus - es ist nicht alles „normal“ → Prüfungsbedingungen ändern!
- - GS-Info-Abende: In der verbindlichen Präsentation ist der Teil für RS nicht ansprechend (Vgl. Gymnasien – „gut ankommen“)

Meinungsbild der Mitglieder zu derzeitigen Kernfragen - Jahrestagung 2022

Zum Abschluss unserer Jahrestagung war es uns wichtig, zu den aktuellen Themen Meinungsbilder zu erhalten. Daher haben wir uns entschieden, erstmalig unsere anwesenden Mitglieder nach deren Einschätzung/Meinung zu fragen.

Unsere Abfrage ergab folgendes Bild:

■ Zustimmung ■ Ablehnung



Gespräch mit dem IBBW und ZSL

Datengeschützte Ziel- und Leistungsvereinbarung

Bezüglich der Implementierung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen stehen wir im regelmäßigen Austausch mit dem IBBW und dem ZSL. Folgende Setzungen konnten wir den Gesprächen mit Herrn Dr. Klein und Herrn Dr. Riecke-Baulecke entnehmen:

- Das Datenblatt ist Grundlage für das jährliche Statusgespräch.
- Daraus entstehen Ziele, diese werden in einer Ziel- und Leistungsvereinbarung konkretisiert.
- Ziel- und Leistungsvereinbarungen müssen nicht jährlich stattfinden.
- Dieses QM-Management stellt eine gemeinsame Basis für die Arbeit an der Schule und die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen: SSA/ ZSL/ IBBW

Zur Entlastung der Schulleitung meint Herr Dr. Klein, dass die Schulleitungen viel zu viele Aufgaben erledigen würden, die nicht in ihre Aufgabenprofile gehören würden. Dies müsste an die Verwaltung delegiert werden.

Die AG RR fordert, die Anrechnungsstunden unabhängig von einer denkbaren Delegationsmöglichkeit bei der Schulleitung zu belassen.

Nach der Erprobung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit ausgewählten Schulen starten nun die Fortbildungen für alle allgemeinbildenden Schulen. Im Zeitraum ab Mai 2023 sollen die ersten 300 Schulen noch in diesem Schuljahr in vier thematischen Modulen fortgebildet werden. Für die vollständige Umsetzung der Fortbildung an allen allgemeinbildenden Schulen plant das ZSL 40 Fortbildungsreihen bis Sommer 2025.

Schon im Schuljahr 2023/2024 plant das Kultusministerium die ersten Statusgespräche auf Grundlage des Datenblattes und dem Ziel der Erstellung einer Ziel- und Leistungsvereinbarung. Das Statusgespräch soll jährlich stattfinden, eine Ziel- und Leistungsvereinbarung muss, nach heutigem Stand, nicht jährlich sein.

Computergestützte Testverfahren – KI

Ursprünglich war geplant, dass sog. „Computergestützte Testverfahren“ beim Lernstand 5 bereits 2023 umgesetzt werden sollte. Die Korrektur sollte automatisiert erfolgen. Dies wird zeitlich nicht gelingen. Daher wird die Einführung auf 2024 verschoben.

Das Computergestützte Testverfahren soll im Anschluss auch auf VERA übertragen werden.

Ziel: Ab 2027 soll in allen Bereichen computerbasiert gearbeitet werden. Dadurch soll eine Entlastung durch weniger Korrekturaufwand und weniger Kopieraufwand erreicht werden.

Idee: Mit KI kann der Computer Lösungsstrategien des Schülers erkennen und bewerten. Baden-Württemberg hat einen Rückstand zu anderen Ländern von 10-15 Jahren. Im Bildungsbereich fließt im Moment wenig KI hinein.

Prüfungen

- Wir beschreiben die Schriftliche Prüfung im Wahlpflichtfach (WPF) als sehr theorie-lastig.

Die AG RR fordert, die schriftliche Prüfung im WPF zu streichen und den praktischen Teil zu belassen

- Herr Dr. Klein bietet an, im nächsten Gespräch Kollegen aus den Prüfungsteams der Schularten mit zum Gespräch nehmen, um in den Austausch zu kommen.

Themen von Herrn Dr. Klein

Auf der Homepage des ZSL finden sich interessante Materialien zum Wissenstransfer.

1. Lernwirksamer Unterricht

- a) Sprachsensibler Fachunterricht.
- b) Einsatz digitaler Medien im Unterricht (kommt demnächst auf den Markt),
- c) Geschlechterunterschied im Bildungskontext.

2. Bildung in der digitalen Welt der RS

Für das IBBW und das ZSL steht das Erreichen der Mindeststandards im Fokus der nächsten Jahre. Das Landesprogramm „Starke Basis“ wird deshalb in die Fläche getragen werden.

Ein Problem wird auch an der Spitze gesehen. Der Spitzengruppe gehören nur noch 8% der Schülerinnen und Schüler an. In anderen Ländern sind 30% - 35% (Polen und Lettland) in diesem Bereich. Baden-Württemberg liegt hier weit zurück und erschließt das Bildungspotential in Deutschland nicht so gut wie in anderen Ländern.

Wir fordern weiterhin eine angemessene Anrechnung für die zu leistenden Aufgaben in diesem Prozess. Mit der aktuellen Personaldecke kann diese zusätzliche Aufgabe und der wünschenswerte Entwicklungsprozess nicht geleistet werden.

Die Schulleitungen sind schon jetzt bis an die Grenze und auch darüber hinaus belastet. Um diesen Qualitätsprozess gewissenhaft und grundständig an eine ausgewählte Lehrkraft zu delegieren muss eine stundenmäßige Anrechnung zwingend erfolgen.